



Niederschrift

24. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss

13. Oktober 2026, 16:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus Marktplatz

Vorsitz: Erste Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Punkt 1 der Tagesordnung: Sicherheit in Karlsruhe

1.3 Sachstandsbericht Prostitution

Vorlage: 2026/0591

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1.3 zur Behandlung auf.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) führt aus, über das Thema Sexarbeit zu sprechen und den Bericht im Rat nicht zu behandeln, könne sie nicht unkommentiert lassen, zumal dem Gremium der Bericht jährlich vorliege und in den vergangenen Wochen und Monaten wiederholt danach gefragt worden sei. Allen Positionen gemeinsam sei der Schutz vor Gewalt sowie der Schutz vor sexueller Ausbeutung; dies zeige sich auch in Karlsruhe. Sie sei keine Befürworterin des nordischen Modells. Zugleich verweist sie darauf, dass in Karlsruhe vor Ort eine engagierte ehrenamtliche Gruppe tätig sei, an der auch zahlreiche Therapeutinnen mitwirkten. Sie hebt hervor, dass die Stadt Karlsruhe bei allem, was bereits unternommen werde, ein großes Engagement zeige, obwohl ein erheblicher Teil der Arbeit aus dem freiwilligen Bereich komme.

Hinsichtlich der aus ihrer Sicht zentralen Fragen nach Wohnraum und nach beruflichen Perspektiven im Falle eines Ausstiegs erklärt sie, entsprechende Ausstiegsprogramme würden letztlich so hohe finanzielle Mittel erfordern, dass diese gegenwärtig beispielsweise nicht zur Verfügung stünden. Die in Karlsruhe tätigen Vereine und Stellen leisteten jedoch einen großartigen Beitrag; diese Arbeit wolle man weiter unterstützen.

Stadtrat Tröndle (SPD) stellt fest, das Verbot der Straßenprostitution habe Wirkung gezeigt. Die Verlängerung dieses Verbots begrüße man, verbunden mit der Erwartung entsprechender Signale und einer Entscheidung des Regierungspräsidiums. Es sei bekannt, dass die Entdeckung,

Aufdeckung und Verurteilung eines Menschenhändlerrings für diese Entwicklung eine entscheidende Rolle gespielt habe. Das vorliegende Papier nenne 168 in der Prostitution angemeldete Personen und weise darauf hin, dass Personen ohne gültige Papiere nicht erfasst seien. Gebe es Schätzungen zur Höhe der Dunkelziffer? Diese müsse erheblich sein, da sich nach Recherchen der Bürgerinitiative allein über eine Plattform täglich 180 Personen zum Sexkauf anböten; diese Zahl liege bereits über der Gesamtzahl der gemeldeten Personen. Im Hinblick auf die Zahlen zu Beratung und Kontakten der aufsuchenden Arbeit, möchte er wissen, ob sich diese ausschließlich auf angemeldete Personen bezögen. Habe sich die aufsuchende Arbeit infolge der Verlagerung des Sexkaufs in schwerer zugängliche Bereiche geändert und würden auch Personen kontaktiert, die sich im Internet anböten? Ausdrücklich begrüßt er, dass die Arbeitsgemeinschaft „Ausstieg aus der Prostitution“ nach mehrjähriger Pause ihre Arbeit wieder aufgenommen habe und ein gesamtstädtisches Gesamtkonzept erarbeiten wolle. Finde ein Erfahrungsaustausch mit anderen Städten statt?. Die strukturellen Ursachen von Ausbeutung ließen sich zwar nicht allein mit dem Prostituiertenschutzgesetz beheben, jedoch bestehe mit dem interdisziplinären Instrumentenkasten künftig zumindest eine gewisse Möglichkeit, menschenverachtende kriminelle Machenschaften vor Ort früher zu erkennen und ihnen entgegenzutreten.

Der Vorsitzende sagt zu, die aufgeworfenen Fragen schriftlich zu beantworten. Gegebenenfalls müsse man sich hierzu noch einmal im Hintergrund zusammensetzen. Er verweist auf entsprechende Arbeitskreise. Er lese auch die Berichterstattung in der Zeitung und nehme wahr, was die Beratungsstellen oder deren Träger zum Teil zu einzelnen Themen äußerten. Daraus folge für ihn, dass bestimmte Punkte nochmals miteinander geklärt werden sollten. Auch wenn er unterschiedliche Perspektiven auf das Thema wahrnehme, solle dies jedenfalls zu weiterem Austausch führen, selbst wenn nicht zwingend eine abschließende Konsensfindung erreicht werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er Kenntnisnahme fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
16. Oktober 2026